

IN DIESER AUSGABE:

Antwort des Landesvorsitzenden Christian Görke

Seite 2

Wohnen ist soziales Grundrecht

Seite 2

Gottlose Type packt aus

Seite 3

Regierungsbildung – wie weiter?

Seite 4

Linksfraktion entdeckt Schätze in Trebnitz

Es erstaunt mitunter, welche verborgenen Kunstschätze in Märkisch-Oderland zu finden sind. So zeigten sich die Abgeordneten der Linksfraktion des Kreistages im Dezember verblüfft über die zahlreichen anmutigen Skulpturen des namhaften Bildhauers und Zeichners Gustav Seitz. Sein beachtlicher künstlerischer Nachlass wird seit September 2017 von der Gustav-Seitz-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Begegnungszentrum Schloss Trebnitz in einer beeindruckenden Dauerausstellung präsentiert. Hier sind Gussmodelle in Bronze, Zeichnungen und Druckgrafik vereint, darunter Nachbildungen der Köpfe von Thomas und Heinrich Mann sowie von Bertolt Brecht.

Bei seiner Führung durch das neue Museum im liebevoll hergerichteten einstigen Wirtschaftsgebäude des Schlossensembles von Trebnitz machte der Leiter des Bildungszentrums, Darius Müller, vor allem auf das von Seitz geschaffene Käthe-Kollwitz-Denkmal aufmerksam.

Das Original fand 1960 in Berlin Prenzlauer Berg seinen Platz. Die berühmte Künstlerin hatte bereits 1924 gemahnt: „Nie wieder Krieg!“

Nach dem Museumsrundgang erläuterte Darius Müller den Abgeordneten das politisch-kulturelle Profil der Bildungseinrichtung. Dazu gehören insbesondere zahlreiche internationale Austauschprojekte hier in der deutsch-polnischen Grenzregion. Seit 1992 fördert der ansässige Schlossverein vor allem Selbstbestimmung und Kritikfähigkeit junger Menschen mit Seminaren zu Ökologie, Europa, Demokratie sowie mit Workshops: Bildende Künste, Theater, Foto, Film, Zirkus, Musik, Tanz, Schreiben und Geschichte. Mit Konzerten, Ausstellungen, Gesprächs- und Diskussionsforen schafft die Begegnungsstätte darüber hinaus kulturelle Angebote in der ländlichen Region. Und im eigenen Dorfladen und Café gibt es regionale Produkte, unterstrich Müller. Bund, Land und Kreis gehören zu den Unterstützern der vielfältigen Projekte.



LINKE Opposition im Kreis anerkannt

Bei der Veranstaltung der LINKEN-Kreistagsfraktion zum Jahresausklang in Trebnitz hob Vorsitzender, Uwe Salzwedel, den guten Ruf hervor, den sich die Abgeordneten bei Bürgerinnen und Bürgern sowie Verwaltungen in den zurückliegenden Jahren erarbeitet haben. Sie seien verlässlich, gut vorbereitet und führen die ihnen übertragenen Ausschüsse mit hoher Verantwortung. Mit zahlreichen Anträgen und Anfragen zur sozialen Kreisentwicklung verschaffe sich die Oppositionsfraktion kontinuierlich Gehör.

Renate Adolph



Spenden – gute Tradition der LINKEN

Die Landtagsfraktion DIE LINKE unterstützt seit Beginn ihrer Arbeit im Brandenburger Parlament 1991 soziale Projekte. Allein 2017 gaben die Abgeordneten rund 7000 Euro in einen dafür eingerichteten Sozialfond.

Die Spenden gingen u. a. im März an Angehörige der zwei brutal getöteten Polizisten in Oegeln im Landkreis Oder-Spree. Dem Aufruf der Gewerkschaft der Polizei folgend, spendeten die Mitglieder der Fraktion jeweils 500 Euro für die Familien der beiden Polizisten. Zudem unterstützten sie im August den Arbeitslosenverband Falkenberg (Elster) mit einem Betrag für ein Kinderferienlager. Mit dem Geld konnten endlich die verschlissenen alten Zelte entsorgt und neue angeschafft werden.

Der Vorsitzende der LINKEN Brandenburg, Christian Görke, antwortete Kommunalpolitikern auf ihren Brief zum Abbruch der Kreisgebietsreform.

Lieber Klaus Körner,
lieber Hagen Kattner,
liebe Mitunterzeichner,

vielen Dank für Euer Schreiben vom 6. November 2017. Die Verwaltungsstrukturreform zu stoppen, war eine gemeinsame Entscheidung der Koalitionspartner. Auch wenn die öffentliche Bekanntgabe dann vom Ministerpräsidenten vorgenommen wurde.

Eure Befürchtungen, diese Entscheidung könnte insbesondere zu Lasten von uns Linken gehen und die SPD könnte davon profitieren, treffen nicht zu, wie die jüngste Meinungsumfrage verdeutlicht.

Aber Ihr habt völlig recht, wir müssen jetzt deutlich darstellen, welche Vorhaben wir in der verbleibenden Legislaturperiode noch auf den Weg bringen wollen, um die Lebensbedingungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger konkret zu verbessern.

Viele dieser Vorhaben liefen schon parallel zur geplanten Verwaltungsstrukturreform und sind von deren Absage überhaupt nicht betroffen. Zu nennen sind beispielsweise die Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern, die personelle Stärkung der Polizei, der Breitbandausbau, die Verbesserung der Mobilitätsangebote sowie der Einstieg in die elternbeitragsfreie Kinderbetreuung.

Das zeigt, dass die Verwaltungsstrukturreform bei weitem nicht das einzige wichtige Vorhaben unserer Regierungskoalition war.

Schon Wochen vor der Absage der Verwaltungsstrukturreform haben wir im Landesvorstand mit dem Strategiepapier für den zweiten Teil der Legislaturperiode (als Anlage anbei)



Christian Görke im Gespräch beim Friedensfest 2017 in Strausberg

eine Reihe von wichtigen Vorhaben beschlossen, die wir in den beiden kommenden Jahren umsetzen möchten. Nicht wenige davon finden sich in Euren Vorschlägen wieder.

Darüber hinaus habe ich als Finanzminister schon im Oktober angekündigt, für das Jahr 2018 einen Nachtragshaushalt aufzulegen. Unser Ziel ist es, die Mehreinnahmen, die aufgrund der guten konjunkturellen Lage höher als erwartet anfallen, zügig in wirksame Vorhaben für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger zu investieren. Hiermit wollen wir den Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr schon ab September 2018 ausfinanzieren, zusätzlich in den Breitbandausbau investieren, zusätzliche Mittel für die Sanierung von Straßen und Brücken bereitstellen und die Kommunen bei der Anschaffung von barrierefreien Bussen und Straßenbahnen unterstützen.

Lieber Klaus, lieber Hagen, liebe Mitunterzeichner,

und nun komme ich zu den von Euch benannten „frei gewordenen ca. 400 Millionen“ aus

der abgesagten Verwaltungsstrukturreform.

Ein Teil dieser Summe wollen wir dafür verwenden, den nach wie vor bestehenden Reformbedarf in den kommunalen Strukturen zu unterstützen und zu begleiten. Es wird zwar keine Änderung der Kreiszuschnitte und keine Funktionalreform geben, aber die Teilentschuldung der hochverschuldeten kreisfreien Städte Brandenburg (H), Cottbus und Frankfurt (O), die Verbesserung der Finanzausstattung der gesamten kommunalen Familie (insbesondere Erhöhung der Verbundquote und Verbesserung des Soziallastenausgleichs), die bessere Finanzierung von regionalen Kulturangeboten in Cottbus, Frankfurt (O), Brandenburg (H); Senftenberg und Schwedt durch das Land, die Unterstützung von freiwilligen Kooperationen der Kommunen, die weitere Digitalisierung der Verwaltung sowie die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit der Kreistagsfraktionen stehen weiterhin auf unserer politischen Agenda und kosten Geld. Dazu streben wir eine enge Abstimmung mit der kommunalen Familie an.

Den anderen Teil der Summe wollen wir in weitere wichtige Vorhaben geben. Dazu gehören u. a. zusätzliche Investitionen in Kitas, Schulen und Hochschulen, in Straßen, Schienen, Buslinien und Radwege sowie in soziale und innere Sicherheit. Die konkreten Projekte mit der entsprechenden finanziellen Unterbreitung werden wir in den Doppelhaushalt 2019/20 einstellen.

Für die Haushaltsberatungen bilden Eure konkreten Vorschläge eine gute Grundlage. Unsere Landtagsfraktion wird sie aufnehmen und in den Gremien der Fraktion sowie in den Fachausschüssen des Landtages diskutieren.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen für die verbleibende Zeit der laufenden Legislaturperiode ein konstruktives Miteinander.

Mit solidarischen Grüßen

Christian Görke

Christian Görke
Landesvorsitzender DIE LINKE. Brandenburg

Wohnen ist soziales Grundrecht



Die Einführung einer bundesweiten Wohnungslosen- und Wohnungsnotfallstatistik ist eine langjährige Forderung der LINKEN.

Die Sozialminister der Länder haben dies im Dezember auf den Weg gebracht. Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit sind die sichtbarsten Symptome einer verfehlten Wohnungspolitik und eines unsozialen Mietrechts. Bezahlbarer Wohnraum ist der Schlüssel im Kampf gegen Wohnungslosigkeit. Die Einführung einer bundesweiten Wohnungslosen- und Wohnungsnotfallstatistik, die Umfang und Entwicklung von Räumungsklagen und Wohnungslosigkeit abbilden soll, wäre ein erster Schritt, um konkrete Hilfsmaßnahmen für die Betroffenen einleiten zu können. Es wäre ein

gutes Zeichen einer neuen Bundesregierung, wenn sie sich dieser Aufgabe zügig stellt. Das wäre für Länder und Kommunen eine wichtige Planungsgrundlage für Betreuungs- und Hilfsangebote. Wohnungsnotfallhilfe ist eine Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge.

Das Land unterstützt die Kommunen mit finanziellen Mitteln. Es erstattet die Ausgaben von Hilfen für Menschen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten zu 85 Prozent. Eine Stigmatisierung der Betroffenen durch eine Registrierung nach Alter, Geschlecht und sozioökonomischem Status ist keine Lösung. Das schafft weder Beratungs- und Unterstützungsangebote noch Unterkünfte.

Bettina Fortunato
Landtagsabgeordnete
DIE LINKE. Brandenburg

Kreisparteitag der LINKEN am 20. Januar

DIE LINKE Märkisch-Oderland lädt zu ihrem nächsten Kreisparteitag ein:

am 20. Januar 2018, 9.30 Uhr, Gaststätte „Zur alten Linde“, 15345 Rehfelde.

Auf der Tagesordnung stehen die Wahlen eines neuen Kreisvorstandes, einer neuen Finanzrevisionskommission sowie der Delegierten für den Bundesparteitag und Landesparteitag, außerdem eine Diskussion über die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2017.

Gottlose Type packt aus



„Die Lesungen bringen mich mit vielen Menschen ins Gespräch. Und das ist mir sehr wichtig“, sagt die Vizepräsidentin des Bundestages, Petra Pau (DIE LINKE), zu Beginn ihrer nunmehr 121. Buchvorstellung „Gottlose Type“. Dazu hat sie der hiesige Landtagsabgeordnete der LINKEN, Marco Büchel, Ende Dezember nach Altlandsberg eingeladen. Und die zum Teil spannenden und humorvollen „unfrisierten Erinnerungen“ – wie es im Buch-

titel der bereits 2. Auflage heißt – bezeugen gleichwohl das vielseitige Engagement der Abgeordneten. Eher heiter erzählen Anekdoten, wie Petra Pau zum Beispiel mit dem Roten Ampelmännchen in Berlin Mitte-Prenzlauer Berg 1998 erstmals ihr Direktmandat für den Bundestag gewinnt. (Es folgen ohne Unterbrechung Direktmandate in Marzahn und Hellersdorf, einschließlich 2017.) In den kurzweiligen Buchtexten erinnert Pau unter anderem, wie sie auf dem Weg zu einem Fototermin beinahe im Gefängnis landet oder wie sie Clara Zetkin in den Reichstag holt. In einer überraschenden Kurzgeschichte schildert Pau ihren Sieg beim großen Bibel-Test im ZDF.

So wird über Gesetze entschieden

Eher ernst beschreibt die leidenschaftliche Politikerin allerdings, wie die Abgeordneten am 19. Dezember 2003 ohne genaue Kenntnis die Hartz-IV-Gesetze absegnen, um schnell in die Weihnachtsferien zu kommen: Erst am frühen Morgen gegen sechs Uhr hatten die Volksvertreter rund 600 Seiten des mehrfach überarbeiteten Gesetzestextes erhalten. Keiner kann also das Gesamtwerk in den wenig verbliebenen Stunden vor der anberaumten Abstimmung gelesen haben, geschweige denn wissen, worum es im Detail geht. Deshalb schlugen Gesine Löttsch und Petra Pau vor, auf einer Sondersitzung am 22. Dezember die Gesetzesvorlage eingehend zu berä-

ten. „Ein Fluch schallte böse durch den Plenarsaal: „Gottlose Type“! Schließlich standen die Weihnacht und ein Fest der Besinnung vor der Tür. So etwas belaste man nicht mit weltlichem Firlefanz, mag es dem Kollegen Peter Ramsauer (CSU) durch den Kopf geschossen sein. CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen folgten ihm und plädierten für Sofortabstimmung! So trat ein Gesetz eilends in Kraft, das alsbald Millionen Bürgerinnen und Bürger in Armut treiben und deutsche Sozialgerichte hoffnungslos überlasten sollte.“ Pau notiert über ein weiteres Beispiel aus dem Alltag der Abgeordneten, die eigentlich die Bundesregierung kontrollieren sollen: „Anfang November 2011 flog die NSU-Nazi-Bande auf. Sie zog über ein Jahrzehnt raubend und mordend durch Deutschland, unerkannt und unbehelligt, sagt die offizielle Version. Bevor ein Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde, versuchten wir im Innenausschuss des Bundestages Licht in die Finsternis zu bringen. Alle waren geladen: Verantwortliche aus dem Innenministerium, des Bundeskriminalamtes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der Generalbundesanwaltschaft und so weiter. Wir befragten sie stundenlang. Wolfgang Bosbach (CDU), Vorsitzender des Innenausschusses, fasste das fulminante Ergebnis so zusammen: Die etwas wissen, kamen nicht. Die kamen, wussten nichts. Und die kamen, obwohl sie etwas wussten, sagten nichts.“

Renate Adolph

Gesunde Produkte – faire Dienstleistungen – mündige Verbraucher

Dieselskandal, Fipronil-Eier, Air-Berlin-Pleite: Drei Themen, die beispielhaft für Herausforderungen im Verbraucherschutz in den vergangenen Monaten stehen. Anlass genug für DIE LINKE. im Landtag Brandenburg, 2017 eine Aktuelle Stunde zum Verbraucherschutz zu beantragen. Die 2012 von der damaligen Verbraucherschutzministerin Anita Tack vorgelegte verbraucherpolitische Strategie war ein Erfolg, wie eine externe Evaluierung gezeigt hat. Doch es gibt neue Herausforderungen, zu denen auch die Digitalisierung gehört.

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher fühlen sich bei Einkäufen oder Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Internet nicht ausreichend geschützt. Benötigt werden starke Verbraucherrechte. Darunter stellen wir uns auch die Möglichkeit einer Musterfeststellungsklage vor, die etwa im Dieselskandal den betrogenen Verbrauchern zu ihrem Recht verhelfen könnte. Verschiedene Verbrauchergruppen haben unterschiedliche Bedürfnisse, die zu berücksichtigen sind. So muss auch im ländlichen Raum eine gute Verbraucherberatung abgesichert werden. Und eine gute

und verbindliche Produktkennzeichnung, beispielsweise zur Tierhaltung, soll Kaufentscheidungen erleichtern.

Dazu hatte das Verbraucherschutzministerium im Oktober und November 2017 den Entwurf für die Fortschreibung der Verbraucherpolitischen Strategie zur öffentlichen Diskussion ins Internet gestellt. Eingegangene Hinweise und Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern werden berücksichtigt, so dass die Strategie voraussichtlich im Frühjahr 2018 von der Landesregierung verabschiedet werden kann.

Marco Büchel

Verbraucherschutzpolitischer Sprecher
DIE LINKE. im Landtag Brandenburg

Pflegebedürftige nicht in Sozialhilfe treiben

Das Konstrukt der Pflegeversicherung als Teilkaskoversicherung ist gescheitert. Das macht die Antwort der Landesregierung auf meine mündliche Frage zur drastischen Erhöhung von Kosten für Bewohner von Senioren- und Pflegeheimen deutlich.

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen dürfen nicht in Sozialhilfe getrieben werden. Der CDU-Bundesgesundheitsminister hatte in der vergangenen Legislatur drei Pflegestärkungsgesetze auf den Weg gebracht. Dabei hat er verschwiegen, dass die angekündigte Stärkung der Pflege zu teilweise großen finanziellen Belastun-

gen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen führt. Der Bundesgesetzgeber ist gefordert, zügig die jetzt zu Tage tretenden Fehler zu beheben. Die Leistungen der Pflegeversicherung müssen regelmäßig und automatisch dynamisiert werden, damit notwendige Preissteigerungen nicht zu Lasten der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen gehen. Die Pflegekassen müssen alle pflegebedingten Kosten übernehmen. Darüber hinaus ist es überfällig, dass die Höhe der Leistungsvergütung durch die Pflegekassen in Berlin und Brandenburg angeglichen wird.

Bettina Fortunato

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Bettina Fortunato, Tel. 03341-311796

Redaktion: Renate Adolph, rene@adolph.de

Layout u. Satz: Fortunato Werbung

Satz: www.fortunato-werbung.de

Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat

Bürgerbüros

Thomas Nord (MdB)

Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Bettina Fortunato (MdB)

Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Marco Büchel (MdB)

**Bürgerbüro
Bad Freienwalde**
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon: (0 33 44) 33 45 41

Bürgerbüro Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Persönl. Sprechzeiten:
1. und 3. Mo. im Monat
Bitte VORHER telefonisch anmelden.
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
www.dielinke-frw.de

Öffnungszeiten:
Di. 9 – 11 Uhr

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr
E-Mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr

Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:
1. Februar 2018

Erscheinen

der nächsten Impulse:
15. Februar 2018

Unser Land ist in keinem guten Zustand

Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Die ersten Übungen zur Regierungsbildung sind gründlich danebengegangen. Das Theater mit Balustrade hatte mit Romeo und Julia nicht die große Liebe gemeint, wohl aber Fehden, Intrigen und ein tragisches Ende. Der Kanzlerin mangelte es an Ideen und Führungsstärke, die CSU agierte mit Tunnelblick auf die Landtagswahl 2018. Die Grünen fielen Merkel lieber um den Hals statt in den Arm und die Liberalen versenkten den „German Mut“ im Parteiarchiv. Der FDP-Chef betrieb Machtspiele aus Eigeninteresse. Die SPD ruft nach vielen Regierungsjahren treuherzig: „Die anderen haben’s verbockt!“ Angela Merkel weiß nicht, was sie anders machen soll, Martin Schulz entscheidet jeden Tag anders. Wie immer der Ausgang sein wird, eine große Koalition wird dieses Land nicht bekommen, denn Großes ist nach dieser Ouvertüre nicht zu erwarten. Realistisch gesehen betrieben Union und SPD bereits in der abgelaufenen Wahlperiode Etikettenschwindel.

Eine klägliche Bilanz

Das „Jobwunder“ fußt erheblich auf Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung. Der Mindestlohn schützt nicht vor Altersarmut und über zwei Millionen Kinder leben in Hartz-IV-Haushalten, mehrheitlich bei Alleinerziehenden. Ein Fünftel der Bevölkerung ist laut Statistischem Bundesamt von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Drei Merkel-Regierungen haben in zwölf Jahren aus Deutschland ein Land der Gegensätze gemacht. Und bei der digitalen Infrastruktur rangieren wir auf Platz 29 der 35 OECD-Staaten. Von einer Million E-Autos, die die Kanzlerin bis 2020 angekündigt hat, existieren jetzt ganze 34.000! Die für 2020 gesteckten Klimaziele wird die Bundesrepublik deutlich verfehlen. Der Kampf gegen den Terrorismus wird mit Handelskriegen und Waffenexporten ad absurdum geführt, es werden Flüchtlinge, keine Fluchtursachen bekämpft. Nach allem, was inzwischen über den Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz und seine Folgen bekannt wurde, kann man nur fassungslos sein über fehlende Empathie und das Ausmaß staatlichen Versagens. Unser Vorschlag eines Untersuchungsausschusses dazu ist übrigens elf Monate alt.

Ich bin skeptisch, dass der soziale Zusammenhalt und ein solidarisches Europa zentrale Anliegen eines künftigen Kabinetts sein werden.

Wir unserem Gewissen verpflichteten Abgeordneten könnten mit mancher Sachentscheidung eine künftige Bundesregierung in die Pflicht nehmen, zum Beispiel bei Entscheidungen gegen das Kooperationsverbot in der Bildung oder für den Abzug von US-Atomwaffen von unserem Territorium. So wäre auch eine Minderheitsregierung als Jungbrunnen für die Demokratie denkbar. Das alles setzt voraus, dass sich der Bundestag nicht selbst seiner Rechte beraubt.

Chance für Mitte-Links erhalten!

DIE LINKE hat bei der jüngsten Bundestagswahl zu gelegt. Nicht trotz, sondern wegen klarer Positionen, zum Beispiel zur Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, zur Verteidigung von Bürger- und Menschenrechten, zur Bekämpfung von Fluchtursachen



und zur Integration von Flüchtlingen. Kennlichkeit brachte ihr Zuspruch, keine Kniefälle. Der Platz der LINKEN im Deutschen Bundestag ist klar: Sie ist die soziale Opposition. Und die Friedenspartei. Keine andere Fraktion kann diese Funktionen übernehmen. Die bürgerlichen Parteien, das haben die Sondierungen gezeigt, sind dazu weder willens noch in der Lage, die demagogische AfD hat mit sozialer Politik nichts am Hut und ist alles andere, denn eine Anti-Kriegs-Partei. Die SPD wird entscheiden müssen, ob sie sich unzweideutig vom Kurs der Agenda 2010 und der Zustimmung zu Kriegseinsätzen und Rüstungsexporten verabschiedet. Nur wenn das geschieht und die Partei Politik im Sinne August Bebel und Willy Brandts betreibt, wird sie selbst eine Zukunft und wird mittelfristig ein Mitte-Links-Bündnis eine Chance haben. Ich will diese Chance für die Menschen in unserem Land und in Europa erhalten.



„Revolution ist großartig, alles andere ist Quark!“
Rosa Luxemburg

NACHRUF

Wir nehmen Abschied von unserem Genossen

Stephan Schoenemann,

der am 27. Dezember 2017 im Alter von 61 Jahren verstorben ist.

Stephan war Vorsitzender der BO Letschin und über mehrere Jahre Geschäftsführer unseres Kreisverbandes.

Durch seine Arbeit und sein persönliches Engagement als Gemeindevertreter hat er sich die uneingeschränkte Achtung und Anerkennung im Ort Letschin und darüber hinaus erworben.

Wir trauern um einen aktiven Genossen, den wir stets in guter Erinnerung behalten werden.

In diesen schweren Stunden sind wir in Gedanken bei seiner Familie.

Er wird uns fehlen.

Bettina Fortunato
Vorsitzende Kreisverband
DIE LINKE. MOL